

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **15.02.2016** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstraße 55, 31303 Burgdorf,

17.WP/JHA/021

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:25 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:25 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:44 Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzender

Hunze, Carl

Mitglied/Mitglieder

Leykum, Maria
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Rheinhardt, Michael

- ab 17.07 Uhr -

stellv. Mitglied/Mitglieder

Schulz, Kurt-Ulrich

- Vertreter für Wolfgang
Obst, bis 18.30 Uhr -

Vertreter/innen der Jugendverbände

Scher, Olaf

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe

Stanke, Gregor

stellv. Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe

Rück, Stefanie

Beratende/s Mitglied/er

Sozialarbeiterin
Vertreterin des örtlichen
Kinderschutzbundes
Lehrkraft

Börges, Bärbel
Goldbach, Jutta

Kuchenbecker-Rose,
Antje

Mübel, Heike

Leiter des Jugendamtes
Vertreter der Interessen
ausländ. Kinder und Ju-
gendlicher

Niemann, Jens
Paul, Matthias

Erzieherin
Stadtjugendpfleger

Tietje, Marina
Witte, Bernd

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste, die Verwaltung sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und die Presse.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann bittet darum, die Tagesordnung um den Punkt 7.1 „Krippenausbau in der Verwaltungsstelle Otze – Anfrage des Ortsbürgermeisters Carl Hunze vom 09.01.2016“ zu ergänzen.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.01.2016

Das Protokoll über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2016 wird **einstimmig** genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) **Frau Raue** berichtet, dass der diesjährige Kita-Fachtag am 13.04.2016 stattfindet.
- b) Zum 01.02.2016 sei in der ehemaligen Verwaltungsnebenstelle Otze der Krippenbetrieb aufgenommen worden.
- c) Für das Kindertagesstättenjahr 2016/2017 lägen zwei Anmeldungen für einen integrativen Krippenplatz vor. Sowohl die Paulus-Krippe als auch die Krippe der Kita „Pustebblume“ könnten sich vorstellen, entsprechende Plätze anzubieten. Die erforderlichen Abstimmungsgespräche, auch mit dem Kultusministerium, würden derzeit geführt. Es sei beabsichtigt, den Kindertagesstättenbedarfsplan 2017 ff. um die integrative Krippengruppe zu ergänzen.
- d) **Herr Niemann** lädt zum Fachtag „Frühe Hilfen“ ein, der am

25.05.2016 von 15.30 bis 18.30 Uhr im Schloss stattfinden werde. Zum Thema „Frühe Hilfen und Flüchtlingsfamilien, Chancen und Hemmnisse“ seien Fachleute aus dem medizinischen Bereich sowie aus dem Bereich Kita geladen, teilt Herr Witte weiter mit.

- e) **Herr Witte** teilt mit, dass das Osterferienprogramm der Jugendhilfe vorliege und wieder ein buntes Programm biete.
- f) Sehr erfolgreich sei die diesjährige Faschingsparty im Haus der Jugend mit Unterstützung der DLRG-Jugend und des Mütterzentrums über die Bühne gegangen.
- g) **Herr Witte** berichtet, der Skaterplatz in der Weststadt nehme zunehmend Formen an. Die Fläche sei bereits fertig. Derzeit würden die Geräte geprüft. Der Zaun für die Lärmschutzwand stehe unmittelbar vor dem Aufbau. Sobald die Fläche witterungsbedingt trockener sei, würde mit dem Aufbau begonnen.

3.1. **Situation auf dem Gelände der GHS I** **Vorlage: 2015 1013**

Frau Gersemann führt in die Problematik der Schulhofsituation der GHS I ein.

Herr Niemann weist darauf hin, dass grundsätzlich nie die Intention bestanden hätte, die Jugendlichen vom Schulhof zu verweisen. Es sei bekannt, dass dies nur eine Problemverlagerung darstelle und die Jugendlichen sich andere Stellen im Stadtgebiet suchten. Die aktuelle Situation sei jedoch eine besondere, da das Gelände nicht einsehbar sei und die Hinterlassenschaften großes Gefährdungspotential böten. Verstärkte Polizeipräsenz sowie eine verstärkte Betreuung der Jugendlichen sei daher geboten.

Frau Gersemann weist darauf hin, dass die Vorlage im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport ebenfalls behandelt worden sei. Sie rät dazu, nach Lösungsansätzen zu suchen. Das bloße Aufstellen von Schildern reiche nicht aus.

Frau Goldbach kann aus ihrer Erfahrung berichten, dass auch der ansässige Kinderschutzbund das Gespräch mit den Jugendlichen suche. Unter der Woche sei die Situation hinnehmbar, jedoch komme es an den Wochenenden zu dramatischen Ausschreitungen. Sie sei ratlos, wie man diese Problematik in den Griff bekommen könne. Der Kontakt zur Mitarbeiterin der mobilen Jugendhilfe sei ausbaufähig.

Herr Rheinhardt spricht sich dafür aus, dass Jugendliche Plätze bräuchten, um sich von den Eltern abzugrenzen. Die aktuelle Problematik zeige, dass die mobile Jugendhilfe flexibler reagieren müsse. Durch die Schilder habe die Polizei nun die Möglichkeit, Platzverweise auszusprechen.

Frau Leykum macht deutlich, dass die Zeiten der mobilen Jugendhilfe nicht ausreichen, um die Problematik am Wochenende in den Griff zu bekommen. Man dürfe auch die Rechte der Grundschüler auf einen sauberen und kindgerechten Spielplatz in den Pausen nicht außer Acht lassen. Derzeit seien diese unzumutbaren Zuständen ausgesetzt. Sie verweist auf mögliche bauliche Veränderungen, um den Schutz der Grundschüler sicher-

zustellen.

Frau Gersemann spricht sich dafür aus, die Zusammenarbeit mit den vor Ort Tätigen zu intensivieren und die Angebote der mobilen Jugendhilfe attraktiver zu gestalten.

Herr Niemann weist darauf hin, dass Arbeitszeiten nach 20 Uhr und an Wochenenden bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht beliebt seien. Die Zeiten der mobilen Jugendhilfe seien aus aktuellem Anlass ausgeweitet worden. Zudem sei die Mitarbeiterin vor Ort immer ansprechbar. Das Angebot würde auch gut angenommen. Alkoholkonsum und Rauchen sei in den Räumlichkeiten nicht gestattet.

Herr Rheinhardt kritisiert, dass die Zeiten nicht ausreichend seien und verstärkt der Situation vor Ort angepasst werden müssten. Zumindest an Schwerpunkttagen sei ein zusätzlicher Einsatz wünschenswert.

Frau Börges fragt nach, wie andere Kommunen mit derartigen Problemen umgehen würden. Sie verweist zudem auf einen Studiengang „Soziale Arbeit“ in Hannover. Denkbar wäre ein gemeinsames Projekt mit der Uni Hannover.

Frau Kuchenbecker-Rose führt ein Beispiel aus Lehrte an, bei dem Bauwagen vor Ort eingesetzt wurden.

Herr Niemann berichtet, dass auch in Burgdorf vor einiger Zeit ein Projekt mit 4-5 Bauwagen gelaufen sei. Diese seien jedoch allesamt in Brand gesteckt worden. Damit sei das Projekt erfolglos beendet worden.

Frau Meinig befürwortet den Erhalt des Platzes für die Jugendlichen, jedoch müssten die Regeln befolgt werden. Die Präsenz vor Ort sei entscheidend.

Frau Lange-Kreutzfeldt plädiert für einen Ausbau der aufsuchenden Hilfe. Es sei wichtig, eine Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen. Gleichzeitig bräuchten die Jugendlichen auch Zeiten, in denen sie allein sein könnten. Hier sei Fingerspitzengefühl gefragt. Sie berichtet von einem Vorfall am vergangenen Freitagabend, an dem sich unter den Jugendlichen ein Eifersuchtsdrama abgespielt habe, bei dem es auch zu Handgreiflichkeiten kam.

Frau Gersemann fasst zusammen, dass die Situation auf dem Schulhof der GHS I seit Januar 2015 eskaliert sei. Die Vorschläge der Ausschussmitglieder aufgreifend schläge sie folgende Maßnahmen vor:

- Überprüfung der Zeiten der aufsuchenden Hilfe
- Kontaktaufnahme zur Nachbargemeinde Uetze
- Kontaktaufnahme zur Uni Hannover
- Steigerung der Attraktivität der mobilen Jugendhilfe vor Ort
- Ausbau und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kinderschutzbund und mobiler Jugendpflege vor Ort.

Frau Kuchenbecker-Rose weist darauf hin, dass männliche Bezugspersonen für die Jugendlichen wichtig seien und ggfs. eine größere Vorbildfunktion ausüben könnten.

Frau Gersemann entgegnet, dass es für die Stelle der mobilen Jugendhil-

fe keine geeigneten männlichen Bewerber gegeben hätte.

Herr Rheinhardt macht deutlich, dass hiermit keine Bewertung der Arbeit von **Frau Jänicke** vor Ort verbunden sei.

**3.2. Mitteilung; Situation auf dem Gelände der GHS I
Vorlage: 2015 1013/1**

Siehe Ausführungen zu TOP 3.1.

4. Vorstellung der neuen Fachberatung für Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft

Frau Mikoleit stellt sich und ihre Arbeit vor.

Frau Kuchenbecker-Rose wünscht sich eine Zusammenarbeit mit den Burgdorfer Grundschulen und eine enge Verzahnung der Arbeitsbereiche Kita und Schulen.

Frau Meinig erkundigt sich nach einem festen Stundenkontingent für die Kitas.

Frau Mikoleit berichtet, dass sie sich mit den Einrichtungen alle 6 Wochen treffe. Außerdem organisiere sie Weiterbildungsreihen, Fachtagungen und Studientage für die Einrichtungen.

Frau Gersemann bedankt sich für den Vortrag und wünscht **Frau Mikoleit** viel Erfolg mit ihrer Arbeit.

Frau Raue weist in diesem Zusammenhang auf einen Termin hin. Am Montag, den 07.03.2016 ab 17 Uhr bestehe für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Möglichkeit, das Familienhaus in Uetze zu besichtigen. Eine schriftliche Einladung werde noch erfolgen.

**5. Vergabe der Trägerschaft für die neu zu errichtende Kindertagesstätte im Bereich der Südstadt
Vorlage: 2016 1019**

Aufgrund seiner Befangenheit begibt **Herr Paul** sich in den Zuschauerbereich.

Frau Gersemann bittet darum, alle 3 Bewerber fair zu würdigen.

Herr Schulz berichtet, dass die AWO einen nicht sehr präsenten Eindruck erweckt habe. Die St. Paulus Kirchengemeinde habe dagegen mit einer guten Vorstellung überzeugt. Es seien große Synergieeffekte zu erwarten, wenn die Trägerschaft übernommen werde.

Herr Hunze bemängelt, dass sowohl AWO als auch DRK die burgdorfspezifischen Aspekte außer Acht gelassen hätten. Mit der Paulusgemeinde würde

die gewachsene erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden. Er hebt außerdem den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Vortrag hervor.

Frau Rück verteidigt die zwei Verbände und lobt auch deren Vorstellung. Dennoch plädiere auch sie aufgrund der zu erwartenden Synergieeffekte für die Paulusgemeinde.

Frau Meinig kritisiert bei AWO und DRK die fehlende Prognose, wo sich die Einrichtungen in Burgdorf zukünftig sehen. Beim DRK sei das Qualitätsmanagement sehr technisch ausgerichtet gewesen. Das Konzept der St. Paulus Kirchengemeinde sei dagegen schlüssig gewesen und die Anbindung an das bestehende Familienzentrum ein vielversprechendes Zukunftskonzept.

Frau Leykum findet es bedauerlich, dass sowohl AWO als auch DRK keinen Bezug auf die zwei bestehenden und sehr erfolgreich arbeitenden Kindertagesstätten in Burgdorf genommen hätten. Statt die Menschen und Kinder dahinter zu sehen, seien nur allgemeine Bildungsziele vorgetragen worden. Beim DRK sei zudem die Bezahlung äußerst fragwürdig. Die Anbindung an das Familienzentrum der Paulusgemeinde und die Kenntnisse vor Ort sprächen sehr für diesen Bewerber.

Herr Rheinhardt weist darauf hin, dass alle drei Bewerber aufgrund ihrer verschiedenen pädagogischen Konzepte in der Lage seien, die Trägerschaft zu übernehmen. Aber wolle man das Beste für Burgdorf erreichen, käme man zum Ergebnis, der Paulusgemeinde den Zuschlag zu geben. Dort sei eine klare Vorstellung vorhanden, wie die Arbeit auszusehen habe und zudem habe die Paulusgemeinde das Herzblut und die Sympathie, eine emotionale Bindung zur Stadt zu schaffen.

Frau Gersemann berichtet, dass bei den geschätzten Ausgaben für die neue Kindertagesstätte die Paulusgemeinde auf den ersten Blick vergleichsweise teuer sei. Rechne man jedoch die Ausgaben für das pädagogische Personal und die Vertretungskräfte heraus, sei diese der wirtschaftlichste Bewerber.

Sie macht deutlich, dass für die Paulusgemeinde folgende herausragende Gründe sprächen: hervorragender pädagogischer Ansatz, schlüssiges Konzept, bereits vorhandene Krippe vor Ort mit ausgezeichneter Arbeit, Stärkung dieses vorhandenen Konzepts durch Erweiterung um Kindergartenbereich, Einbindung in die Südstadt und damit verbundene Synergieeffekte, Stärkung der sozialen Stadtentwicklung, faire Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wirtschaftliche Gesichtspunkte.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Die Trägerschaft für die neu zu errichtende Kindertagesstätte im Bereich der Südstadt wird an die ev.-luth. St. Paulus Gemeinde vergeben.

**6. Kindertagesstättengebührensatzung 2016
Vorlage: 2016 1039**

Frau Raue erläutert die Vorlage.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf.

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

**7.1. Krippenausbau in der Verwaltungsstelle Otze
- Anfrage des Ortsbürgermeister Carl Hunze vom 09.01.2016 -
Vorlage: 2016 1051**

Herr Hunze erläutert die Anfrage. Er lobt die fertiggestellte Einrichtung und die damit verbundene Arbeit. Häufige Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern hätten ihn veranlasst, bei der Verwaltung nachzufragen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehe.

Herr Kugel berichtet, dass er sich die Einrichtung nach Abschluss der Arbeiten angesehen habe und ist begeistert von der hervorragenden Zusammenarbeit sämtlicher beteiligter Institutionen.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

./.

Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin fragt nach, ob auch für das Kindergartenjahr 2014/2015 zu viel gezahlte Gebühren erstattet werden.

Frau Raue entgegnet, dass im Einzelfall nach Billigkeitsgründen entschieden werde und eine entsprechende Anfrage umgehend bearbeitet werde.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer